

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf., Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 4,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postbezugskonto: Nr. 2383, Sozialistischer Verlag z. B. m. b. H., Breslau. Fernsprechn.-Anschluß: Ring Nr. 8837.

Dienstag, 15. März 1921

Anzeigenpreise: Die 3-gelappte 10-Millimeterzeile oder deren Raum 6,00 Mk., auswärts 9,00 Mk. Stellen- und Wohnungssuche, Familiennachrichten, Verzei- und Vertammungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die 10-Millimeterzeile, 3-gelappt oder deren Raum im Text 8,- Mk.

Neuer Anschlag auf das Proletariat.

Die Regierung hat im Reichsrat ein Gesetz eingebracht, das nach § 1 verbietet:

1. Vereine, Selbstschutzorganisationen oder sonstige Vereinigungen, die ihre Mitglieder im Kriegshandwerk oder im Gebrauche von Kriegswaffen ausbilden oder üben, oder ausbilden oder üben lassen.
2. Vereinigungen, die sich mit Maßnahmen befassen, die auf eine Mobilmachung hinzielen.

Das Gesetz ist eine neue Blüte in dem allen Arbeitern bekannten Entwaffnungsschwindel, der nach Spaa einkehrte und sich in der Praxis lediglich gegen die Arbeiterklasse richtete. Auch dieser Gesetzentwurf, der noch dem Reichstag zugehen wird, ist in der Form so gehalten, daß man glauben könnte, er sei gegen die Einwohnerwehren gerichtet, daß aber die Möglichkeit besteht, ihn auch gegen die Organisationen der revolutionären Arbeiterklasse in Anwendung zu bringen. Und das ist schon heute ganz klar, wird dieser Entwurf Gesetz, dann wird, wie unter dem Entwaffnungsgesetz die Ortschaft größer und härter wurde, durch dieses Gesetz die Kommunistische Partei, die die einzige ist, die der Ortschaft ein Paroli bieten kann, in erster Linie bedroht werden.

Darüber hinaus bedeutet dieses Gesetz in der Hand einer Stinnesregierung eine Bedrohung der gesamten Arbeiterorganisationen, die, sobald sich der Klassenkampf weiter zuspitzt, mit Hilfe dieses Gesetzes unter nichtigen Vorwänden aufgelöst werden können.

Die Einbringung dieses Gesetzes in der gegenwärtigen, mit jedem Tage gespannter werdenden innerpolitischen Situation, bedeutet die Bereitschaft und den Willen der Stinnesregierung zu einer scharfen Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung. Die Abwehr kann nur geschehen durch die geschlossene Kampffront der deutschen Arbeitermassen. Die deutsche Arbeiterklasse muß gegen die Stinnesregierung, die als Ausweg aus dem allgemeinen Chaos auf allen Gebieten der bürgerlichen Politik, zu einem hinterhältigen Anschlag gegen die Arbeiterklasse rückt, nun zielbewußt und geschlossen auf den Kampfplan treten und sich einen den proletarischen Interessen entsprechenden Ausweg bahnen. Ihr

Kampf muß gipfeln in dem Sturz der zum Arbeitermord, zur Unterdrückung der gesamten Arbeiterbewegung bereiten Stinnesregierung. Außenpolitisch muß auf den Fahnen der Arbeiterklasse stehen: Schutz- und Erziehungsbündnis mit Sowjet-Rußland.

Der Protest Ortschaft-Bayerns.

Im Reichsrat ist der Gesetzentwurf betreffend die angebliche Auflösung der Selbstschutzorganisationen bereits gegen die Stimmen Bayerns angenommen. Bayern, das mit der Reichsregierung bekanntlich schon seit einiger Zeit wie von Recht zu Recht verkehrt, hat dagegen durch seinen „Sensations-“ v. Preger „nachdrücklich Widerspruch“ erhoben.

Daß sich die bayerische Reaktion in bezug auf den Bestand der Einwohnerwehren durch dieses Gesetz tatsächlich bedroht fühlt, ist kaum anzunehmen. Weiß doch die bayerische Ortschaftsbünde ebenso gut wie wir, daß das Gesetz in seiner Prozedur sich nur gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung richtet, ist vielmehr die außenpolitische Linie der Reichsregierung, die durch die Einbringung dieses Gesetzentwurfes zum Ausdruck kommt. Der Gesetzentwurf ist eine Scheinlösung an die Entwaffnungsforderungen der Entente. Neben der innerpolitischen Wirkung will man nämlich auch eine außenpolitische Wirkung erzielen, deren Effekt in dem Vereingemachen der Entente zu neuen Verhandlungen bestehen soll.

Dementsprechend ist der Konflikt zwischen der Regierung und der Reichsregierung einzuwickeln. Bei der außenpolitischen hilflosen Lage der deutschen Bourgeoisie ist mit einem Rückzug der Reichsregierung zu rechnen, der vielleicht bei allen starken Worten schon in der Berechnung des ganzen Manövers liegt.

Ruhr droht mit Konflikten.

(ZU.) Berlin, 12. März. Die „Münch. Zeitg.“ meldet: Der Ministerrat hat beschlossen, gegen das Vorgehen der Berliner Regierung in Sachen der Einwohnerwehren in schärfster Form zu protestieren. Die Bayerische Volkspartei hat beschlossen, sofort aus der Regierungskoalition im Reich auszutreten. Dr. Heim hat sich nach Berlin begeben.

Die Rede Lenins über die Lage in Sowjetrußland.

Stockholm, 10. März. Lenin eröffnete den Kongress nach den Begrüßungsreden und gab einen Bericht über die innere und äußere Lage Sowjetrußlands und die Aufgaben der Kommunistischen Partei.

Schon im April 1918 wurde angenommen, daß der Bürgerkrieg zu Ende sei. Im März 1920 glaubte Sowjetrußland, daß nun eine Periode des Friedens komme. Aber da begann im April der polnische Angriff. Die Erfahrungen erlauben uns nicht, uns jetzt in Sicherheit zu wiegen, obgleich es nunmehr auf russischem Gebiete keinen einzigen feindlichen Soldaten mehr gibt. Unsere inneren Schwierigkeiten sind mit der

Lebensmittel- und Transportfrage und mit der Demobilisierung

verbunden. Wir haben hinsichtlich der Lebensmittelverteilung Fehler begangen, obgleich unsere Vorräte heuer bedeutend größer waren als die im vorigen Jahr. Die Schwierigkeiten in der Heizmaterialversorgung wurde dadurch hervorgerufen, daß wir in zu großem Maßstab an die Wiedereröffnung der industriellen Unternehmungen schritten und den Übergang von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft zu sehr beschleunigten.

Die arbeitende Klasse und die Bauern.

Die Landwirtschaft durchlebt eine Krise, die nicht nur eine Folge des imperialistischen Bürgerkrieges ist, sondern auch damit zusammenhängt, daß der neue Staatsapparat keine Methoden zur langjam Ausarbeitung und deshalb manchmal Fehler begeht. Die wichtigste polnische Frage des Augenblicks ist das Verhältnis der arbeitenden Klasse zu der in Rußland die Mehrzahl bildenden bäuerlichen Bevölkerung.

Die internationale Lage

und durch die äußerst langsame Entwicklung der revolutionären Bewegung in der ganzen Welt bestimmt, und wir dürfen in keinem Falle den schnellen Sieg der Revolution in unsere politischen Berechnungen aufnehmen. Die Sowjetregierung hat insoweit die Frage eines Überkommens mit den bürgerlichen Regierungen auf die Tagesordnung

gestellt, indem sie ausländischen Kapitalisten in Rußland Konzessionen erteilt.

Die Ereignisse in Kronstadt.

Wenn man über die innere Lage Sowjetrußlands spricht, so müssen die Kronstädter Ereignisse erwähnt werden. Die mit Hilfe der Franzosen und Sozialrevolutionäre organisierte Meuterei wird in den nächsten Tagen unterdrückt werden, aber sie muß uns dazu anregen, ernst über die allgemeine innere Lage Sowjetrußlands nachzudenken. Der Bauer glaubt, daß von Seiten der zaristischen Generale keine Gefahr mehr droht und meint, daß er viel zu wenig Industriegeräte erhält. Der Bauer glaubt deshalb, daß die Opfer, die der Staat von ihm fordert, zu groß sind. Wir müssen den Bauern zu Hilfe kommen. Wir werden Naturalien Scheine, die in Lebensmittel zu leisten sind, einführen, die entsprechend der Leistungsfähigkeit der Bauern eingehoben werden sollten und ihnen freie Bahn lassen für die Betätigung ihrer persönlichen Interessen. Diese Naturalien Scheine werden nur einen Teil der Entlohnung in Anspruch nehmen. Den Ueberfluß, der den Bauern dann noch bleibt, sollen sie dann Roggkuchen haben, im Wege des freien Handels zu verkaufen, ebenso wie die Konzessionen und Produktionsmittel für unsere Industrie geben sollen. So erreichen wir durch ein Entgegenkommen den Wünschen der Bauern gegenüber eine Milderung der wirtschaftlichen Krise, eine Besserung im Verhältnis zwischen den städtischen Arbeitern und der Bauernschaft. Die Frage der Naturalien Scheine ist eine der wichtigsten Fragen der Sowjetpolitik. Ihre Durchführung verlangt die größte Einigkeit in der Partei und ein klares Bewußtsein der Schwierigkeiten, mit denen die Diktatur des Proletariats in einem kleinbürgerlichen Lande zu kämpfen hat.

Freispruch im Eiseren Wasserturmprojekt.

Es sollen vier Angeklagte freigesprochen werden. Der Staatsanwalt hatte beantragt, sie wegen gemeinschaftlichen Mordes zu verurteilen.

Der Freispruch kam offenkundig unter dem Eindruck der Selbstenttarnung der Hauptbelastungszeugen als künstlichen Epigelen der Oktoberrevolution zustande. Der Freispruch ist eine Antage für das Klassenrecht selber und für das Spitzsystem.

Justitia am Schandpfahl.

Räuberhauptmann Pfeffer freigesprochen.

Das Sondergericht zu Stargard hat den Hauptmann Pfeffer freigesprochen und die Prozeduren auf die Staatskasse abgenommen. Die von Pfeffer gefestete Ration ist ihm zurückerstattet worden.

Als vor dem Weltkriege der deutsche Kapitalismus noch in Glanz und Blüte stand und aus der Arbeitskraft der Proletarier ein riesenhaftes Nationalvermögen, wie man den ausgekauften Profit der Ausbeuter nannte, zusammengeamert, war sich schon die Sozialdemokratie darüber einig, daß der juristische Ueberbau der kapitalistischen Produktionsweise fauler sei als der wirtschaftliche Unterbau. Kein Proletarier glaubte an die Gerechtigkeit der bürgerlichen Justiz. Aber die Willkür gab sich wenigstens noch schamhaft als Gerechtigkeit aus.

Inzwischen hat unter der demokratischen Republik die kapitalistische Produktionsweise den Höhepunkt erreicht und die Klassenjustiz ist zur offenbaren, unverhüllten, schamlosen Schandjustiz geworden, eine Justiz, die sich nicht mehr, wie die Huren des Alten Testaments, unkenntlich verschleierte, sondern dreist und frech alle Kleider fallen läßt und sich nackt in ihrer ganzen vettelhaften Häßlichkeit vor die Öffentlichkeit stellt. Man denkt unwillkürlich an die Zeiten eines Cicero, in denen im alten Rom die herrschende Gewalt auch die schmutzigsten Prozesse gewann und die Macht triumphierend dem Recht das Haupt zertrat.

Holt man sich vor die Gerichtsschranken, revolutionärer Proletarier von heute, so bist du verurteilt, und wenn du dich nur einer Stechmücke erwehret hast. Tritt dagegen der gemeinste, rohste und offenkundigste reaktionäre Verbrecher vor das Tribunal der Klassenjustiz, so wird der Staatsanwalt zu seinem Verteidiger. Der Vorsitzende ist sein liebevoller Vater. Es wird ihm nicht nur väterlich verziehen und ein Verführungskub für ihn geschlichtet, nein, er wird derart zu einem ungeschuldsollen Engel reinewaschen, daß er sich selbst kaum wiedererkennet.

Dreißig Räuber, Rohlinge, die gefangene Proletarier wie Hasen auf einer Treibjagd wenige Schritte vor ihrem Nordwerkzeugen niederknallten, die Karburger Studenten, fanden in Kassel im Staatsanwalt keinen Ankläger, sondern einen Verteidiger. Die Wüter, denen das Gerichtshof halbierte und alle Schandtatzen zu patriotischen Ehrenmatten umkehrte, lagen sie auf der Anklagebank. Es fehlten nur noch die Wehrmachtsschiffer. Jeder Belastungszeuge wurde zum Lügner, zum ehrlosen Lump gestempelt. Eine Justizkomödie, die jeden ehrlichen Proletarier davon überzeugen mußte, daß in der deutschen Republik das Recht nur noch die eine Aufgabe hat, den Profit der Kapitalisten vor der Rebellion der Proletarier zu schützen.

Einige Wochen darauf tagte in denselben „heiligen“ Hallen Fritz Eberts Sondergericht, das verkappte Kriegsgericht, gegen die rheinischen Kommunisten. Die Schmeie in der Frühlingssonne zerfloss das Spiegelmateriale der Anklagebehörde. Nichts blieb übrig, als die papierne Stütze einer proletarischen Abwehrorganisation gegen die Konterrevolution. Keine Waffen, keine Bewaffneten, nicht von einer militärischen Erhebung, nur einige Papierfingerringe spiegelglänzender Herkunft. Eine staatsanwaltschaftliche Blamage jondergleichen. Dennoch ein gepfeffertes Gefängnisurteil.

Ist wieder vor einem Sondergericht der Hauptmann Pfeffer von Solman. Alles verdammt. Nicht die strengen Richter der Unterwelt sitzen auf ehernen Stühlen, sondern wohlwollende Engel thronen auf goldenen Wolken. Der Staatsanwalt wird wieder zum Verteidiger, die Belastungszeugen werden als böswillige Verleumder hingestellt. Pfeffers Taten sind keine papierne Stützen. Er hat auf Generalstabsstärken sein früheres leibhaftig vorhandenes Freitop nach Kompagnien militärisch gegliedert. Die Kompagnien standen unter der Führung von Offizieren und Unteroffizieren. Schulkinder müssen hell aufpassen, wenn er sich ausredet, daß seine Sturmtruppe keine Sturmtruppe der Konterrevolution, sondern nur friedliche Landarbeiter gewesen seien. Krems mit wackelnden Wasserkränen müssen auf den Richterkühlen sitzen, wenn sie Pfeffers Ausflüchte gläubig hinnehmen sollten.

Befehle und Erlasse hat Pfeffer herabgegeben, die durchaus militärischen Charakter waren und sich an eine militärische Organisation richteten. Ganz unlegbar war die Arbeitsgemeinschaft Pfeffer nach militärischen Grundsätzen organisiert. Wer das nicht sehen wollte, mußte beide Augen schließen. Und pure Justitia schloß beide Augen. Sie wollte nichts sehen. Die Ambrosia kostete sie Pfeffers gepfefferten Pfeffertaten.

Ber behärrt unterhält Hauptmann Pfeffer. Wie Friedrich Wilhelm I. holte er durch keine Berber die Ver-

Arbeitslohn und Unternehmerprofit.

Von Waldemar.

Es gibt heute wohl kaum einen bürgerlichen Stammtisch, an dem nicht täglich mindestens einmal festgefesselt wird, daß jetzt alles so teuer sei, während wir unter Wilhelm einfach im Schwarzenland gelebt hätten. Und beim fünften oder sechsten Male Wein gerät der gewöhnliche deutsche Bürger in Wallung. Seine verfallten Hornesadern schwellen zur Fingerringe und seine alljährliche Erregung entläßt sich in einem donnernden Wutausbruch über die ungezügelte Begehrlichkeit der Arbeiterschaft, deren Kaffier an allem Unglück schuld sei. Der Arbeiter soll das Karnickel sein, das durch seine fortwährenden hohen Lohnforderungen und Streiks die Wirtschaftskette herausgeschworen hat. Besonders die kommunizistischen Pöbel sind schuld daran, daß keine Beruhigung eintreten will. Nebenbei bekommt die „schlaffe“ Regierung noch einige Seitenhiebe und schließlich wird man sich darüber einig, daß das wirtschaftliche Problem mit Beihilfe gelöst sei, wenn man nur den Mut habe, die „Pöbel“ an die Wand zu stellen.

Mit diesen Argumenten ist die politische Stammtischweibheit des deutschen Spießbürgers und meistens auch sein Wutausfall zu Ende.

Wie aber stehen die Dinge in Wirklichkeit?

Vor allem: Es ist einfach ein alberner Schwindel, wenn man heute davon sprechen will, daß in der kaiserlichen Zeit alles in Deutschland so wunderbar gewesen sei. Gewiß hatte die Teuerung nicht den heutigen Grad erreicht, aber auch im Frieden gab es für die Proletarier kein Schwarzenland. Hunger und Elend waren auch damals oft ihr ständiger Gast und Hunderttausende gingen an Tuberkulose und Unterernährung mit ihren Familien elend zugrunde.

Nichtig an dem ganzen feichten Geschwätz der deutschen Bourgeoisie ist nur das eine, daß die heutige Teuerung aller Bedarfsmittel einfach unerträglich geworden ist.

Wie groß aber ist diese Teuerung gegenüber dem Jahre 1914?

Wir konnten uns die Sache recht einfach machen und auf die nachstehende Tabelle verweisen.

Preissteigerung		
	Amliches:	Schleichhandel:
	7 fach	30 fach
	10 "	
	12 "	
	14 "	
	22 "	
	30 "	

Es ergibt sich hieraus eine durchschnittliche Steigerung der amtlichen Preise um das 15fache und eine Steigerung der Schleichhandelspreise um das 30fache.

Demgegenüber sind die Arbeitslöhne in viel geringerem Maße gestiegen. Wir wollen bei ihrer Betrachtung einen besonders günstigen Fall herausgreifen und die Einkommenssteigerung eines qualifizierten Arbeiters, eines Berliner Maschinenführers, zugrunde legen. Sein Wochenlohn betrug noch dem Tarif:

1914 42,96 RM.
Dezember 1920 297,50 RM.

Aber selbst dieser relativ günstige Lohnsatz erreicht noch nicht einmal das Existenzminimum eines Erwachsenen mit zwei Kindern, das nach den Ermittlungen des Direktors des Reichlichen Amtes Berlin-Schöneberg, Dr. Kreyssell, für Dezember 1920 betrug:

Wöchentliches Existenzminimum:	
Ernährung	145,- RM.
Wohnung	9,- "
Erziehung, Bekleidung	23,- "
Bekleidung	70,- "
Sonstiges	82,- "
Summe	329,- RM.

Doch all diese Zahlen zeigen noch nicht das wahre Verhältnis vom Friedenslohn zum jetzigen Verdienst.

Um nun den wirklichen Grad der Verschlechterung der Lebenshaltung zu ermitteln, haben die Statistiker zwei Wege beschritten. Sie haben entweder festgestellt, was man heute ausgeben würde, wenn man das kaufen wollte, was man sich im Frieden angeschafft hat, oder sie berechneten, was das heute, was man sich heute kaufen und vergleichen es mit dem Friedenspreis. Beide Wege führen zu dem Resultat, daß die Differenz des 15-20fachen beträgt, aber sie geben von der tatsächlichen Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft auch nur ein unvollkommenes Bild. Ganz abgesehen davon, daß eine solche Feststellungsmethode recht kompliziert ist, wird sie durch die Verzerrung der Kaufkraftmittelmengen noch falscher werden lassen nicht ganz verhältnißmäßig.

Wir glauben, daß sich das klarste Bild daraus ergibt, wenn wir fragen: Was konnte sich ein Arbeiter für den Lohn einer bestimmten Arbeitszeit z. B. einer Woche oder einer Stunde 1914 kaufen und was bekommt er heute dafür?

Nehmen wir das Beispiel eines Maschinenführers. Für seinen Wochenlohn von 42,96 RM. (1914) bzw. 297,50 RM. (1920) konnte er sich kaufen:

Für einen Wochenlohn war zu kaufen

1914	1921
1 Anzug, 1 Hemd, 1 Kragen, 1 Kravatte, 1 Hut u. 1 Schirm	1/4 Anzug
oder	
1914	1921
4 Paar Stiefel	1 Paar Stiefel

Legen wir den Stundenverdienst von 84 Bf. (1914) bzw. 6,20 Bf. (1920) zugrunde, dann konnte er sich kaufen:

Für einen Stundenlohn war zu kaufen

1914	1921
1 Pfund Wurst	1/4 Pfund Wurst
oder	
1914	1921
12 Zigarren	4 Zigarren

Man sieht, das Einkommen des deutschen Arbeiters hat sich trotz der Lohnsteigerungen um das Vierfache verschlechtert. Seine Lebenshaltung steht unter dem Existenzminimum und hat einen Tiefstand erreicht, bei dem wohl in jedem anderen Lande das Proletariat aufgefunden wäre und keine Ausbeuter niedergelassen hätte. Aber nicht nur die Arbeiterschaft in engerem Sinne ist in dieser Situation, wenn Zehntel der Bevölkerung haben heute ein Einkommen, das das Existenzminimum nicht erreicht und besonders weite Schichten des Mittelstandes stehen noch ungünstiger als die Fabrikarbeiter da.

Und trotzdem sollen diese „höher“ in Wirklichkeit gegenüber der Vertriebszeit mindestens viermal geringeren Löhne die Ursache der Teuerung sein?

Unsere Parteigenossen dürfen sich daran erinnern, daß schon Ricardo im Jahre 1817 in seiner Schrift „Ueber die Grundzüge der politischen Oekonomie“ nachgewiesen hat, daß die Behauptung, daß „Löhne die Preise bestimmen“, ein Märchen ist. Und ein gewisser Karl Marx hielt im Jahre 1865 im Centralrat der Internationalen Arbeiterassoziation einen Vortrag (der unter dem Titel „Lohn, Preis und Profit“ erschienen ist und in keiner Arbeiterbibliothek fehlen sollte, in dem er der „bürgerlichen Theorie“ mit feiner Theorie, daß man nicht preisen dürfe, weil das nur die Waren verteuere, ein für allemal in den Sand setzte.

Aber die modernen Methoden werden wahrscheinlich durch logische theoretische Schlüsse ebenso wenig zu überzeugen sein wie die alten. Man muß ihnen deshalb schon mit handgreiflicheren Dingen kommen.

Vielleicht belehrt sie der Hinweis auf folgende nackte Tatsachen:

	Arbeitslohn	Unternehmerprofit
im Baugewerbe um das	4 fache	8 fache
im Töpfergewerbe um das	5 fache	13 fache
im Holzgewerbe um das	5 fache	20 fache.

Vor dem Kriege kostete eine Tonne Ruhestohle 12 RM. Heute kostet sie nach Abzug der Zuschüsse für Lebensmittel, Arbeiterwohnungen, Kohlen- und Umsatzsteuer 165 RM. Der Arbeitslohn pro Tonne betrug im Frieden 6,20 RM. Der Unternehmergewinn 1,20 RM. Heute beträgt der Arbeitslohn pro Tonne 68 RM., der Unternehmergewinn mindestens 39 RM. Hieraus ergibt sich bei der

	Arbeitslohn	Unternehmerprofit
Steigerung	10 fache	32 fache.

Vor dem Kriege betrug der Unternehmergewinn im Ruhrkohlenbergbau insgesamt 120 Millionen Mark, heute beträgt er trotz der verringerten Förderung rund 3 Milliarden. Rechnet man die Papiermark in Goldmark um, so ergibt sich immer noch ein:

2 1/2 fache Profitsteigerung.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß es sich hier noch um sogenannte „reguläre“ Geschäfte handelt, während die mindestens um ein Vielfaches größeren Wuchergewinne der Kriegsindustrie, der Munitions- und Waffenlieferanten, der Lederindustrie, der Papierindustrie, der Chemischen Industrie usw. völlig unkontrollierbar und in den Bilanzen durch tausend Schliche geschickt verkleinert sind.

Unternehmerprofit

1914	1921
100000	250000
Steigerung um das 2 1/2 fache.	

Also: Verminderung des Arbeitslohns auf 1/4 des Friedenslohnes und Erhöhung der Unternehmerprofite um das 2 1/2 fache.

Diese Tatsache muß man sich vor Augen halten, um die ganze Brutalität und den Zynismus der Ausführungen des Unternehmerorgans, der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“, zu verstehen, die in einer ihrer letzten Nummern folgendes schrieb:

„Die Arbeitgeberverbände werden in absehbarer Zeit notgedrungen aus der Defensive in die Offensive übergehen müssen, wenn es gilt, aus dem Preisabfall die für unser Wirtschaftslieben notwendigen Konsequenzen zu ziehen und mit ihm den notwendigen (?) Lohnabfall zu verbinden.“

Zu diesem geplanten Angriff hat das Unternehmertum jetzt zweifachen Grund, denn es hat eine Doppelrolle übernommen. Sind die deutschen Unternehmer doch gleichzeitig nicht nur die Ausbeuter im eigenen Profilitere, sondern auch gleichzeitig die Lakaien des Ententekapitals, die bereit sind, die Riemen aus der Haut der deutschen Proletarier nicht nur für den eigenen Bedarf, sondern auch für den Konsum der Entente zu schneiden. Mag man auch jetzt etwas spröde tun. Einig sind sich die kapitalistischen Ausbeuter der Entente mit ihren deutschen Zubehörern darüber, daß das deutsche Proletariat geschröpft werden soll. Nur über die Höhe des Zulaslohnes, der den deutschen Ausbeutern und Handlangern belassen werden soll, wird jetzt gefeilscht.

Kann es angesichts dieser Situation einen Zweifel geben, welches der Weg des deutschen Proletariats sein muß?

Können die Arbeiter auch nur einen Augenblick daran denken, sich vor den nationalen Wagen spannen zu lassen, die soeben die Offensive gegen das Proletariat anflüchten?

Oder sollen sie warten auf die Zauberkräfte der 2 1/2-Internationalen, die nach ihrem Fiasko in Wien demüthigt wieder eine Beipretung zwischen den deutschen, englischen und französischen Sozialpatrioten und Hilferdingen veranstalten und Papierresolutionen fassen will?

Das Klassenbewußte deutsche Proletariat hat die Pflicht in dieser Stunde, den einzig gangbaren Weg zu zeigen, der aus dem Bitterwart herausführt: Das Bündnis mit Sowjetrußland!

Ex oriente Lux!

Im Osten liegt die Rettung für die arbeitenden Klassen Deutschlands.

Die deutsche Bourgeoisie wird sich mit Klauen und Zähnen wehren, diesen Weg zu gehen, weil sie fürchtet, ihr eigenes Grab zu schaufeln.

Aber das Proletariat muß ihn gehen, weil er die einzige Rettung ist aus Hunger und Not, in die der Kapitalismus uns täglich tiefer hineinführt.

Im Osten wartet ein Land mit 150 Millionen Menschen, warten unsere russischen Brüder in einem heroischen Kampfe gegen das Kapital der ganzen Welt, daß wir ihnen die Hände reichen, damit wir vereint eine neue Welt aufbauen können, die allen Menschen Freiheit und Brot gibt.

Wie lange noch sollen sie warten?

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postbezugskonto: Nr. 23685 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“, Breslau. Fernsprechanchluss: Ring Nr. 8837.

Dienstag, 15. März 1921

Anzeigenpreise: Die 6 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,90 Mk., auswärts 0,95 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Verlesungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 gespaltene oder deren Raum im Cent 8,- Mk.

Neuer Anschlag auf das Proletariat.

Die Regierung hat im Reichsrat ein Gesetz eingebracht, das nach § 1 verbietet:

1. Vereine, Selbstschutzorganisationen oder sonstige Vereinigungen, die ihre Mitglieder im Kriegshandwerk oder im Gebrauche von Kriegswaffen auszubilden oder üben, oder auszubilden oder üben lassen.
2. Vereinigungen, die sich mit Maßnahmen befassen, die auf eine Mobilmachung hinzielen.

Das Gesetz ist eine neue Blüte in dem allen Arbeitern bekannten Entwaffnungsschwindel, der nach Spaa etzulegte und sich in der Praxis lediglich gegen die Arbeiterklasse richtete. Auch dieser Gesetzentwurf, der noch dem Reichstag zugehen wird, ist in der Form so gehalten, daß man glauben könnte, er sei gegen die Einwohnerwehren gerichtet, daß aber die Möglichkeit besteht, ihn auch gegen die Organisationen der revolutionären Arbeiterklasse in Anwendung zu bringen. Und das ist schon heute ganz klar, wird dieser Entwurf Gesetz, dann wird, wie unter dem Entwaffnungsgesetz die Orgesch größer und härter wurde, durch dieses Gesetz die Kommunistische Partei, die die einzige ist, die der Orgesch ein Paroli bieten kann, in erster Linie bedroht werden.

Darüber hinaus bedeutet dieses Gesetz in der Hand einer Stinnesregierung eine Bedrohung der gesamten Arbeiterorganisationen, die, sobald sich der Klassenkampf weiter zuspitzt, mit Hilfe dieses Gesetzes unter nichtigen Vorwänden aufgelöst werden können.

Die Einbringung dieses Gesetzes in der gegenwärtigen, mit jedem Tage gespannter werdenden innerpolitischen Situation, bedeutet die Bereitschaft und den Willen der Stinnesregierung zu einer scharfen Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung. Die Abwehr kann nur geschehen durch die geschlossene Kampffront der deutschen Arbeitermassen. Die deutsche Arbeiterklasse muß gegen die Stinnesregierung, die als Ausweg aus dem allgemeinen Chaos auf allen Gebieten der bürgerlichen Politik, zu einem hinterhältigen Anschlag gegen die Arbeiterklasse rückt, muß zielbewußt und geschloffen auf den Kampfplan treten und sich einen den proletarischen Interessen entsprechenden Ausweg bahnen. Ihr

Kampf muß gipfeln in dem Sturz der zum Arbeitermord, zur Unterdrückung der gesamten Arbeiterbewegung bereiten Stinnesregierung. Außenpolitisch muß auf den Forderungen der Arbeiterklasse stehen: Schutz- und Trutzbündnis mit Sowjet-Rußland.

Der Protest Orgesch-Bayerns.

Im Reichsrat ist der Gesetzentwurf betreffend die angebliche Auflösung der Selbstschutzorganisationen bereits gegen die Stimmen Bayerns angenommen. Bayern, das mit der Reichsregierung bekanntlich schon seit einiger Zeit wie von Macht zu Macht verkehrt, hat dagegen durch seinen „Gesandten“ v. Preger „nachdrücklich Widerspruch“ erhoben.

Daß sich die bayerische Reaktion in bezug auf den Bestand der Einwohnerwehren durch dieses Gesetz tatsächlich bedroht fühlt, ist kaum anzunehmen. Weiß doch die bayerische Orgeschbande ebenso gut wie wir, daß das Gesetz in seiner Praxis sich nur gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung richten wird. Wogegen sich der Protest der bayerischen Regierung und der dahinter stehenden Deutschnationalen richtet, ist vielmehr die außenpolitische Linie der Reichsregierung, die durch die Einbringung dieses Gesetzentwurfes zum Ausdruck kommt. Der Gesetzentwurf ist eine Scheinkonzeption an die Entwaffnungsforderungen der Entente. Neben der innerpolitischen Wirkung will man nämlich auch eine außenpolitische Wirkung erzielen, deren Effekt in dem Vereingemachen der Entente zu neuen Verhandlungen bestehen soll.

Dementsprechend ist der Konflikt zwischen der Regierung Ruhr und der Reichsregierung einzuzwängen. Bei der außenpolitisch hilflosen Lage der deutschen Bourgeoisie ist mit einem Rückzug der Ruhrregierung zu rechnen, der vielleicht bei allen starken Worten schon in der Berechnung des ganzen Mandovers liegt.

Ruhr droht mit Konflikten.

(Ru.) Berlin, 12. März. Die „Münch. Zeitg.“ meldet: Der Ministerrat hat beschlossen, gegen das Vorgehen der Berliner Regierung in Sachen der Einwohnerwehr in schärfster Form zu protestieren. Die Bayerische Volkspartei hat beschlossen, sofort aus der Regierungskoalition im Reich auszuschneiden. Dr. Heim hat sich nach Berlin begeben.

Die Rede Lenins

über die Lage in Sowjetrußland.

Stockholm, 10. März. Lenin eröffnete den Kongress nach den Begrüßungsreden und gab einen Bericht über die innere und äußere Lage Sowjetrußlands und die Aufgaben der Kommunistischen Partei.

Schon im April 1918 wurde angenommen, daß der Bürgerkrieg zu Ende sei. Im März 1920 glaubte Sowjetrußland, daß nun eine Periode des Friedens komme. Aber da begann im April der polnische Angriff. Die Erfahrungen erlaubten uns nicht, uns jetzt in Sicherheit zu wiegen, obgleich es nunmehr auf russischem Gebiete keinen einzigen feindlichen Soldaten mehr gibt. Unsere inneren Schwierigkeiten sind mit der

Lebensmittel- und Transportfrage und mit der Demobilisierung

verbunden. Wir haben hinsichtlich der Lebensmittelverteilung Fehler begangen, obgleich unsere Vorräte heuer bedeutend größere waren als die im vorigen Jahr. Die Schwierigkeiten in der Preismaterialversorgung wurde dadurch hervorgerufen, daß wir in zu großem Maßstab an die Wiedereinrichtung der industriellen Unternehmungen schritten und den Übergang von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft zu sehr beschleunigten.

Die arbeitende Klasse und die Bauern.

Die Landwirtschaft durchlebt eine Krise, die nicht nur eine Folge des imperialistischen Bürgerkrieges ist, sondern auch damit zusammenhängt, daß der neue Staatsapparat keine Methoden zur langjam ausarbeitet und deshalb manchmal Fehler begeht. Die wichtigste polnische Frage des Augenblicks ist das Verhältnis der arbeitenden Klasse zu der in Rußland die Mehrzahl bildenden bäuerlichen Bevölkerung.

Die internationale Lage

Wird durch die äußerst langsame Entwicklung der revolutionären Bewegung in der ganzen Welt bestimmt, und wir dürfen in keinem Falle den schnellen Sieg der Weltrevolution in unsere politischen Berechnungen aufnehmen. Die Sowjetregierung hat insofern die Frage eines Übereinkommens mit den bürgerlichen Regierungen auf die Tagesordnung

gestellt, indem sie ausländischen Kapitalisten in Rußland Konzessionen erteilt.

Die Ereignisse in Kronstadt.

Wenn man über die innere Lage Sowjetrußlands spricht, so müssen die Kronstädter Ereignisse erwähnt werden. Die mit Hilfe der Franzosen und Sozialrevolutionäre organisierte Meuterei wird in den nächsten Tagen unterdrückt werden, aber sie muß uns dazu anregen, einst über die allgemeine innere Lage Sowjetrußlands nachzudenken. Der Bauer glaubt, daß von Seiten der zaristischen Generale keine Gefahr mehr droht und meint, daß er viel zu wenig Industriegerzeugnisse erhält. Der Bauer glaubt deshalb, daß die Opfer, die der Staat von ihm fordert, zu groß sind. Wir müssen den Bauern zu Hilfe kommen. Wir werden Naturalien scheine, die in Lebensmittel zu leisten sind, einführen, die entsprechend der Leistungsfähigkeit der Bauern eingehoben werden sollten und ihnen freie Bahn lassen für die Betätigung ihrer persönlichen Interessen. Diese Naturalien scheine werden nur einen Teil der Ernte in Anspruch nehmen. Den Ueberschuß, der den Bauern dann noch bleibt, sollen sie dann Möglichkeit haben, im Wege des freien Handels zu verkaufen, ebenso wie die Konzessionen und Produktionsmittel für unsere Industrie geben sollen. So erreichen wir durch ein Entgegenkommen den Wünschen der Bauern gegenüber eine Milderung der wirtschaftlichen Krise, eine Besserung im Verhältnis zwischen den städtischen Arbeitern und der Bauernschaft. Die Frage der Naturalsteuern ist eine der wichtigsten Fragen der Sowjetpolitik. Ihre Durchführung verlangt die größte Einigkeit in der Partei und ein klares Bewußtsein der Schwierigkeiten, mit denen die Diktatur des Proletariats in einem klembürgerlichen Lande zu kämpfen hat.

Freispruch im Essener Wasserturmprozeß.

Als Essen wird gemeldet, daß im Wasserturmprozeß sämtliche 15 Angeklagten freigesprochen wurden. Der Staatsanwalt hatte beantragt, sie wegen gemeinschaftlichen Mordes zu verurteilen.

Der Freispruch kam offenkundig unter dem Eindruck der Selbstenttarnung der Hauptbelastungszeugen als künftigen Spiegel der Konterrevolution zustande. Der Freispruch ist eine Antage für das Klassengericht selber und für das Spiegelsystem.

Justitia am Schandpfahl.

Räuberhauptmann Pfeffer freigesprochen.

Das Sondergericht zu Stargard hat den Hauptmann Pfeffer freigesprochen und die Prozeßkosten auf die Staatskasse abgenommen. Die von Pfeffer geübte Caution ist ihm zurückerstattet worden.

Als vor dem Weltkriege der deutsche Kapitalismus noch in Blüte und Blüte stand und aus der Arbeitskraft der Proletarier ein riesenhaftes Nationalvermögen, wie man den aufgehäuften Profit der Ausbeuter nannte, zusammengehauperte, war sich schon die Sozialdemokratie darüber einig, daß der juristische Ueberbau der kapitalistischen Fäulnis noch fauler sei als der wirtschaftliche Unterbau. Kein Proletarier glaubte an die Gerechtigkeit der bürgerlichen Justiz. Aber die Willtür gab sich wenigstens noch schamhaft als Gerechtigkeit aus.

Inzwischen hat unter der demokratischen Republik die kapitalistische Fäulnis den Höhepunkt erreicht und die Klassenjustiz ist zur offenbaren, unverhüllten, schamlosen Schandjustiz geworden, eine Hure, die sich nicht mehr, wie die Huren des Alten Testaments, unkenntlich verschleiert, sondern dreist und frech alle Kleider fallen läßt und sich nackt in ihrer ganzen vettelhaften Häßlichkeit vor die Öffentlichkeit stellt. Man denkt unwillkürlich an die Zeiten eines Cicero, in denen im alten Rom die herrschende Gewalt auch die schmutzigsten Prozesse gewann und die Macht triumphierend dem Recht das Haupt zertrat.

Holt man sich vor die Gerichtsschranken, revolutionärer Proletarier von heute, so bist du verurteilt, und wenn du dich nur einer Stechmücke erwehret haßt. Tritt dagegen der gemeinste, rohste und offenkundigste reaktionäre Verbrecher vor das Tribunal der Klassenjustiz, so wird der Staatsanwalt zu seinem Verteidiger. Der Vorsitzende ist kein liebevoller Vater. Es wird ihm nicht nur väterlich verziehen und ein Verführungsfals für ihn geschlachtet, nein, er wird derart zu einem unschuldsvollen Engel reingewaschen, daß er sich selbst kaum wiedererkennt.

Dreiste Mörder, Rohlinge, die gefangene Proletarier wie Hasen auf einer Treibjagd wenige Schritte vor ihrem Nordwerkzeugen niederknallen, die Marburger Studenten, fanden in Raffel im Staatsanwalt keinen Ankläger, sondern einen Verteidiger. Die Güter, denen der Gerichtshof halbdigte und alle Schandtatzen zu patriotischer Ehrentaten umkehrte, saßen sie auf der Anklagebank. Es fehlten nur noch die Weibranchschäfer. Jeder Belastungszeuge wurde zum Lügner, zum ehlofen Lump gekrumpelt. Eine Justizkomödie, die jeden ehrlichen Proletarier davon überzeugen mußte, daß in der deutschen Republik das Recht nur noch die eine Aufgabe hat, den Profit der Kapitalisten vor der Rebellion der Proletarier zu schützen.

Einige Wochen darauf sagte in denselben „heiligen“ Hallen Friß Eberts Sondergericht, das verkappte Kriegsgericht, gegen die rheinischen Kommunisten. Wie Schnee in der Frühlingssonne zerfloß das Spiegelmateral der Anklagebehörde. Nichts blieb übrig, als die papierene Skizze einer proletarischen Abwehrorganisation gegen die Konterrevolution. Keine Waffen, keine Bewaffneten, nichts von einer militärischen Erhebung, nur einige Papierstängel spiegeloberdächtiger Herkunft. Eine staatsanwaltliche Dlamage sondergleichen. Dennoch ein gepfeffertes Gefängnisurteil.

Ist wieder vor einem Sondergericht der Hauptmann Pfeffer von Salomon. Alles verwandelt. Nicht die strengen Richter der Unterwelt sitzen auf ehernen Stühlen, sondern wohlwollende Engel thronen auf goldenen Wolken. Der Staatsanwalt wird wieder zum Verteidiger, die Belastungszeugen werden als böswillige Verleumder hingestellt. Pfeffers Taten sind keine papierene Skizzen. Er hat auf Generalspabstarken sein früheres leibhaftig vorhandenes Treptop nach Kompagnien militärisch gegliedert. Die Kompagnien standen unter der Führung von Offizieren und Unteroffizieren. Schulkinder müssen hell aufpassen, wenn er sich ansredet, daß keine Sturmtruppe keine Sturmtruppe der Gegenrevolution, sondern nur friedliche Landarbeiter gegen seien. Krems mit wackelnden Wasserkräpfen müßten auf den Richterhöhlen sitzen, wenn sie Pfeffers Anschliche gläubig hinnehmen sollten.

Befehle und Erlasse hat Pfeffer herausgegeben, die durchaus militärischen Charakter waren und sich an eine militärische Organisation richteten. Ganz anknagbar war die Arbeitergemeinschaft Pfeffer noch militärischen Grundrissen organisiert. Wer das nicht sehen wollte, mußte beide Augen schließen. Und Hure Justitia schloß beide Augen. Sie wollte nichts sehen. Wie Ambrosia kostete sie Pfeffers gepfefferten Pfefferluchen.

Wer behütos unterhielt Hauptmann Pfeffer. Wie Friedrich Wilhelm I. holte er durch seine Berater die Ver-

MM

